Leserbrief zur Prämienverbilligungsinitiative

Zahlbare Krankenkassenprämien für Familien und den Mittelstand

Im letzten Herbst hat die Regierung eine Sparvorlage in den Kantonsrat eingebracht für eine markante Kürzung der Prämienverbilligung. Für das Parlament war das aber nicht genug Sozialabbau. Der Kürzungsvorschlag des Regierungsrates wurde massiv erhöht. Bezahlt werden müssen die 10 Sparmillionen vom Mittelstand, von den Familien, Rentnerinnen und Rentnern mit den mittleren Einkommen. Denn tiefe Einkommen sind von der Kürzung kaum betroffen und die hohen Einkommen sowieso nicht. Die Initiative kämpft genau gegen diese Schwächung des Mittelstandes.

Mit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) setzte der Bund für die Prämienverbilligung das Sozialziel fest: kein Haushalt soll mehr als 8% des anrechenbaren Einkommens für die Grundversicherung bezahlen müssen. Wer mehr bezahlt, soll eine Prämienverbilligung erhalten. Dieses Sozialziel wurde vom Kanton stetig nach oben korrigiert. 2011 betrug der Anteil bereits 12%. Ohne die Initiative steigt dieser Betrag in Abhängigkeit der Kostensteigerung im Gesundheitswesen laufend an. Im nächsten Jahr werden es bereits schon 20% sein. Damit muss jeder fünfte Franken eines normalen Haushaltes für die Grundversicherung aufgewendet werden. Das führt vor allem bei Familien zu finanziellen Problemen.

Die Initiative hat zum Ziel, dass kein Haushalt mehr als 15% des Einkommens für die Prämien der Grundversicherung aufwenden muss. Für die Staatskasse bedeutet dies keine Mehrausgaben sondern ein Nein zu einer Sparübung auf dem Buckel des Mittelstandes. Der Kanton Schaffhausen will bekanntlich für Familien attraktiver werden. Hören wir endlich auf, den normalen Mittelstand zu schwächen. Drum: Prämienverbilligungsinitiative JA.

Martina Munz, Kantonsrätin Hallau
4.11.2012